



Niederschrift

51. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales

Sitzungstermin:	Dienstag, 17.06.2008
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	20:07 Uhr
Ort, Raum:	Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, Raum 3.025

Anwesend sind:

Herr Krause, Siegmар	DIE LINKE	
Frau Dr. Müller, Sigrid	DIE LINKE	
Herr Dr. Schlomm, Herbert	DIE LINKE	
Frau Schulze, Jana	DIE LINKE	
Herr Dr. Przybilski, Helmut	SPD	
Herr Näder, Volkmar	CDU	
Frau Paulsen, Bettina	CDU	Sitzungsleitung
Frau Dr. Lotz, Brigitte	Bündnis 90/Die Grünen	anwesend ab 18:25 Uhr (TOP 3.1)
Herr Gohlke, Dieter	FAMILIEN-PARTEI	
Herr Wendt, Jan	Die Andere	
Frau Baßler, Cornelia	Fraktion BürgerBündnis	
Frau Gerber, Heiderose	Die Andere	
Herr van Leeuwen, Rüdiger	CDU	
Frau Müller, Elona	Beigeordnete	

Nicht anwesend sind:

Frau Blume, Marie	SPD	entschuldigt
Frau Geywitz, Klara	SPD	entschuldigt
Frau Keilholz, Monika	BürgerBündnis	entschuldigt
Herr Anton, Torsten	DIE LINKE	entschuldigt
Frau Basekow, Angela	SPD	entschuldigt
Frau Bittrich, Sabine	Ausländerbeirat	nicht anwesend
Frau Bluhm, Regina	SPD	entschuldigt
Frau Busch, Jutta	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Buschmann, Jan	Familien-Partei	nicht anwesend
Herr Fröhlich, Uwe	Bündnis 90/Die Grünen	nicht anwesend
Herr Jutzi, Jörg	DIE LINKE	entschuldigt
Herr Puschmann, Wolfgang	Seniorenbeirat	nicht anwesend
Herr Schilke, Florian	CDU	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung
- 1.2 Bestätigung der Tagesordnung

- 1.3 Bestätigung des Protokolls vom 20.05.2008
- 2 Mitteilungen der Verwaltung
- 3 Anträge
- 3.1 Kosten für das Mittagessen behinderter Beschäftigter in den Behinderten-Werkstätten
Vorlage: 08/SVV/0113
Fraktion DIE LINKE
- Wiedervorlage -
- 3.2 Verein "Freundeskreis Uhlandstraße 24"
Vorlage: 08/SVV/0337
Fraktion DIE LINKE
- Wiedervorlage -
- 3.3 Elternbeitragsordnung
Vorlage: 08/SVV/0391
Fraktion Familien-Partei
- Wiedervorlage -
- 3.4 Kinderärzte im Potsdamer Norden
Vorlage: 08/SVV/0392
Fraktion Familien-Partei
- Wiedervorlage -
- 3.5 Demografie-TÜV (Demografie-Check)
Vorlage: 08/SVV/0551
Oberbürgermeister, FB Soziales, Gesundheit und Umwelt
- 4 Mitteilungsvorlagen
- 4.1 Aktivplätze für Potsdam

Vorlage: 08/SVV/0499
Oberbürgermeister, FB Grün- und Verkehrsflächen
- 5 Verständigung zum Umgang mit dem Behindertenbericht
- 6 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1.1 Feststellung der Beschlussfähigkeit sowie der ordnungsgemäßen Ladung

Begrüßung und Eröffnung der Sitzung durch die stellv. Ausschussvorsitzende, Frau Paulsen.
Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 12 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend.
Somit ist der Ausschuss beschlussfähig.

zu 1.2 **Bestätigung der Tagesordnung**

Frau Paulsen teilt mit, dass die Verwaltung um Zurückstellung der Drucksache 08/SVV/0499 (TOP 4.1) bittet.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

Der geänderten Tagesordnung wird zugestimmt.

zu 1.3 **Bestätigung des Protokolls vom 20.05.2008**

Frau Paulsen weist darauf hin, dass ihre Aussage zum TOP 9 auf Seite 8 wie folgt lauten muss: „*Frau Paulsen gibt zu bedenken, dass die Verwaltung dies im vorgegebenen zeitlichen Rahmen realisieren muss.*“

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 5
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 4

Dem korrigierten Protokoll wird zugestimmt.

zu 2 **Mitteilungen der Verwaltung**

Urteil des Bundessozialgerichtes zur Warmwasserpauschale

Herr Ernst informiert, dass die Verwaltung mit sofortiger Wirkung auf die Urteilsbegründung des Bundessozialgerichtes zum Abzug einer Warmwasserpauschale reagiert hat und eine Änderungsverfügungen zu den entsprechenden Arbeitsanweisungen erlassen hat.

Sitzungstermin

Frau Paulsen schlägt vor, die nächste Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales vom 15.07.2008 auf den 26.08.2008 zu verlegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 9
Ablehnung: 0

Der Verschiebung der Sitzung wird einstimmig zugestimmt.

zu 3 **Anträge**

zu 3.1 **Kosten für das Mittagessen behinderter Beschäftigter in den Behinderten-Werkstätten** **Vorlage: 08/SVV/0113**

Frau Schulze bringt den Antrag ein und bittet die Verwaltung, den Schiedsstellenanspruch dem Protokoll als Anlage beizufügen, sobald dieser schriftlich vorliegt.

Herr Ernst erklärt, dass dem vorliegenden Antrag von Seiten der Verwaltung nicht gefolgt werden kann. Er weist darauf hin, dass die Kosten für das Mittagessen für

Menschen mit Behinderung in Behinderteneinrichtungen herauszurechnen ist, da das Mittagessen nicht Bestandteil der Eingliederungshilfe ist. Momentan werden die Kosten mitfinanziert.

Er informiert, dass der Spruch der Schiedsstelle jetzt auch schriftlich vorliegt. Er weist darauf hin, dass dieser Schiedsspruch noch nicht bindend ist, da innerhalb von 4 Wochen dagegen ein Rechtsmittel eingelegt werden kann.

Frau Schulze macht deutlich, dass hier ein politisches Signal der Landeshauptstadt Potsdam gesetzt werden soll.

Sie unterbreitet folgenden **Änderungsvorschlag zum Antrag**:

In der Landeshauptstadt Potsdam wird eine Vereinbarung zwischen Empfängern von Grundsicherung, die in Werkstätten für Menschen mit Behinderung tätig sind und dem örtlichen Sozialhilfeträger abgeschlossen.

Inhalt der Vereinbarung ist:

Grundsicherungsempfängern werden die Kosten für das Mittagessen mit dem auszahlenden Grundsicherungsbetrag verrechnet.

Der Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Septembersitzung 2008 über die Umsetzung zu berichten.

Frau E. Müller betont, dass die Landeshauptstadt Potsdam durch eine öffentlich-rechtliche Vereinbarung gebunden ist.

Frau Dr. Müller sieht hier auch die Chance, dass sich andere in der Vereinbarung angeschlossene Kommunen dem Potsdamer Weg anschließen würden.

Herr Ernst appelliert an die Ausschussmitglieder, sich dem Antrag nicht anzuschließen.

Er weist darauf hin, dass es hier eine einvernehmliche Lösung aller 17 Vertragspartner gibt.

Er betont, dass keiner der Menschen mit Behinderung in einer Werkstatt benachteiligt wird.

Herr Dr. Przybilski hält es für nicht zeitgerecht, in einem schwebenden Verfahren einen derartigen Antrag zu stellen.

Frau E. Müller bittet abzuwarten, bis das laufende Verfahren abgeschlossen ist.

Herr Wendt fragt, ob lediglich die Kosten für das Mittagessen als zusätzliche Kosten auf die Landeshauptstadt Potsdam hinzukämen.

Frau E. Müller verneint dies. Hier würden erhebliche Mehrkosten und ein hoher verwaltungsseitiger Mehraufwand auf die Landeshauptstadt zukommen. Es müssten mit allen Trägern von Einrichtungen, in denen Menschen mit Behinderung betreut werden, Kostensatzverhandlungen geführt werden müssen.

Herr Ernst erinnert daran, dass die LHP auf der Grundlage eines Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung seinerzeit der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung beigetreten ist.

Frau Paulsen fragt, ob in der Grundsicherung die Kosten für ein tägliches Mittagessen enthalten sind.

Sie macht darauf aufmerksam, dass bei Beschluss des Antrages die Betroffenen eine zusätzliche finanzielle Zuwendung erhalten würde.

Herr van Leeuwen macht deutlich, dass das Mittagessen in der Grundsicherung

enthalten ist.

Frau Schulze erklärt, dass zukünftig die Behinderten von ihrer Grundsicherung das Essengeld bezahlen müssen. Bisher war das Mittagessen Bestandteil des Vertrages.

Herr Dr. Przybilski macht deutlich, dass jeder, der an einer Essensversorgung teilnimmt, diese Leistung bezahlen muss.

Der durch Beschluss des Antrages entstehende Verwaltungsaufwand steht in keinem Verhältnis zu dem Aufwand, den ein Mensch mit Behinderung hat, der zukünftig das Mittagessen bezahlen muss.

Geänderter Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

In der Landeshauptstadt Potsdam wird eine Vereinbarung zwischen Empfängern von Grundsicherung, die in Werkstätten für Menschen mit Behinderung tätig sind und dem örtlichen Sozialhilfeträger abgeschlossen.

Inhalt der Vereinbarung ist:

Grundsicherungsempfängern werden die Kosten für das Mittagessen mit dem auszahlenden Grundsicherungsbetrag verrechnet.

Der Stadtverordnetenversammlung ist in ihrer Septembersitzung 2008 über die Umsetzung zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 4

Ablehnung: 5

Stimmenthaltung: 1

Der geänderte Antrag wird abgelehnt.

zu 3.2 Verein "Freundeskreis Uhlandstraße 24"

Vorlage: 08/SVV/0337

Frau Dr. Müller bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Frau E. Müller weist darauf hin, dass die derzeitigen Bewohner der Uhlandstraße 24 nicht mehr diejenigen sind, die seinerzeit im Deeskalationsprozess dieses Objekt zur Verfügung gestellt bekommen haben. Sie bietet an, ein Gespräch mit den Bewohnern der Uhlandstraße 24 zu führen.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Verein „Freundeskreis Uhlandstraße 24“ in seinem Bemühen, das Objekt Uhlandstraße 24 als Wohnprojekt und Kiez-Treff zu erhalten, zu unterstützen.

Gegebenenfalls sollte den Bewohnern ein Alternativ-Objekt zur Miete zur Verfügung gestellt werden.

Das Ergebnis der Bemühungen ist der Stadtverordnetenversammlung im Juni 2008 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 6

Ablehnung: 3

Stimmenthaltung: 1

Dem Antrag wird zugestimmt.

zu 3.3 Elternbeitragsordnung
Vorlage: 08/SVV/0391

Herr Gohlke bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Schweers erklärt, dass in der Landeshauptstadt Potsdam 2003 eine letztmalige Anpassung der Elternbeitragsordnung erfolgt ist. Dies bedeutet, dass es in den letzten fünf Jahren keine Erhöhung der Beiträge gab.

Er macht auch deutlich, dass Familien mit einem Jahreseinkommen von unter 9.000 Euro keine Beiträge zu leisten haben. Er weist darauf hin, dass Elterngeld nicht in das Einkommen eingerechnet wird. Ein Verzicht auf die Anrechnung von Leistungen für Unterkunft wäre eine Besserstellung gegenüber den Familien, die diese Leistungen nicht empfangen und würde somit dem Prinzip der Gleichbehandlung aller Bürger widersprechen.

Herr Schweers betont, dass die höhere finanzielle Belastung von Familien mit mehreren Kindern bei der Bemessung der Beitragshöhe bereits berücksichtigt wurde.

Frau Dr. Müller fragt, auf wie viele Familien die Forderung aus dem Antrag zutreffen würde.

Frau Schulze fragt, ob auf Antrag eine Ermäßigung oder Erstattung der Elternbeiträge erfolgen kann.

Herr Schweers erklärt, dass die Elternbeiträge auf Antrag ganz oder teilweise erlassen oder vom Träger der öffentlichen Jugendhilfe übernommen werden, wenn die Belastung den Kind oder seinen Eltern nicht zuzumuten ist. Dies sind grundsätzlich Einzelfallentscheidungen.

Er kann nicht beziffern, auf wie viele Familien die Forderung des Antrages zutreffen würde.

Herr Gohlke ergänzt, dass Familien, die aufgrund mehrerer Kinder größere Wohnungen brauchen, unterstützt werden sollen.

Herr Schweers weist darauf hin, dass diese Familien entsprechend mehr Kindergeld erhalten, welches nicht bei der Berechnung der Elternbeiträge angerechnet wird.

Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Elternbeitragsordnung dahingehend zu überarbeiten, dass zweckgebundene Sozialleistungen für Unterkunft nicht auf das Einkommen angerechnet werden.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 3

Ablehnung: 4

Stimmhaltung: 3

Der Antrag wird abgelehnt.

zu 3.4 Kinderärzte im Potsdamer Norden
Vorlage: 08/SVV/0392

Herr Gohlke bringt den Antrag ein und begründet diesen.

Herr Ernst betätigt, dass im Potsdamer Norden derzeit kein Facharzt für Kinderheilkunde ansässig ist. Dies liegt daran, durch die Bedarfsplanungen der Kassenärztlichen Vereinigung bereits seit Jahren keine weiteren als die bisher zugelassenen Kinderärzte in Potsdam zur kassenärztlichen Versorgung zugelassen werden. Die Verwaltung hat hier keinen Einfluss.

Frau Schulze bittet in Gesprächen mit derzeit in der Landeshauptstadt ansässigen Kinderärzten darauf hinzuwirken, dass sich diese im Potsdamer Norden anzusiedeln.

Frau Dr. Lotz macht deutlich, dass die Stadt hier keine Einflussmöglichkeiten hat.

Frau E. Müller sagt zu, die Liste der in Potsdam ansässigen Kinderärzte als Anlage zum Protokoll auszureichen.

Herr Gohlke fragt, welche Möglichkeiten die Stadt ausgeschöpft hat, hier in Gesprächen mit der Kassenärztlichen Vereinigung einzuwirken.

Herr Ernst macht deutlich, dass es von Seiten der Stadtverwaltung keinerlei Einflussmöglichkeiten auf die Zulassungspraxis der Kassenärztlichen Vereinigung gibt. Die Landeshauptstadt Potsdam kann lediglich auf dieses Problem gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung aufmerksam zu machen. Dies ist bereits erfolgt.

Er sagt zu, im Sinne des Antrages erneut in Gesprächen auf die Kassenärztlichen Vereinigungen einzuwirken.

Herr Näder schlägt folgende **Änderung des Antrages** vor:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, Gespräche mit der Kassenärztlichen Vereinigung zu führen, mit dem Ziel, Voraussetzungen für die Ansiedlung von Kinderärzten im Potsdamer Norden zu schaffen.

Herr Gohlke schlägt folgendes Verfahren vor:

Die Aussage von Herrn Ernst, dass er Gespräche mit der KV führt und den GS-Ausschuss über das Ergebnis informiert wird, wird zu Protokoll genommen.

Herr Ernst sagt zu, auf die Kassenärztlichen Vereinigung zuzugehen, mit dem Ziel der Praxisverlagerung eines in Potsdam ansässigen Kinderarztes. Dazu würde er am 26.08.2008 im Ausschuss für Gesundheit und Soziales berichten.

Herr Gohlke zieht aufgrund der Protokollnotiz den Antrag zurück.

zu 3.5 Demografie-TÜV (Demografie-Check)
Vorlage: 08/SVV/0551

Frau Trauth-Koschnick stellt das Konzept anhand einer Power-Point-Präsentation vor.

Frau Dr. Lotz spricht sich für den Vorschlag der Verwaltung aus.

Herr van Leeuwen macht darauf aufmerksam, dass es bei dem vorgeschlagenen Verfahren nur positive und keine negativen Wertungen gibt.

Herr Dr. Pzybiski fragt, wer die einzelnen Vorlagen bewerten soll. Das Verfahren kann lediglich eine Entscheidungshilfe sein. Dies kann aus seiner Sicht erst der Anfang eines Prozesses sein.

Herr Wendt macht darauf aufmerksam, dass hier eine objektive Wertung schwer möglich ist.
Es muss darauf geachtet werden, dass dies nicht zu hoch gehängt wird.

Frau E. Müller weist darauf hin, dass die Verwaltung hier einen Auftrag der Stadtverordnetenversammlung erhalten hat und dies nicht aus eigenem Antrieb heraus entwickelt hat.

Klar ist, dass der Demografie-Check niemals die Diskussion und Entscheidung in der Stadtverordnetenversammlung ersetzen kann. Dies ist ein Verfahren, dies transparenter zu machen.

Frau Schulze dankt der Verwaltung für den gut aufbereiteten Ist-Stand. Sie fragt, wer festlegt, welche Vorlagen dem Demografie-Check unterliegen sollen.

Frau Paulsen spricht sich für die Drucksache aus.
Sie fragt, wer in der Verwaltung entscheiden würde, was nicht dem Demografie-Check unterliegt.

Frau E. Müller macht darauf aufmerksam, dass entschieden werden soll, ob eine Vorlage demografische Auswirkungen hat oder nicht. Es sollte erprobt werden, ob dies praktikabel ist. Sie schlägt vor, dies für ein Jahr zu erproben und dann darüber beraten, ob dieses Verfahren weiter verfolgt werden soll.

Frau Dr. Lotz macht deutlich, dass mit dem Demografie-Check das eigentliche Anliegen des Antrages nicht berührt wird.

Herr Krause ist der Auffassung, dass dies nicht beschlossen werden sollte, sondern Inhalt der Arbeit werden muss.

Frau Dr. Müller weist darauf hin, dass in dem Konzept sehr wichtige Handlungsempfehlungen stehen. Sie fragt, wie dies in den anderen Geschäftsbereichen ankommt. Sie macht in diesem Zusammenhang auf die negativen Erfahrungen mit der Umsetzung der sozialräumlichen Orientierung aufmerksam.
Sie schlägt vor, dass die Erprobung in der Pilotphase in den Antragstext aufgenommen werden sollte.

Frau E. Müller weist darauf hin, dass der Demografie-Check ein Bestandteil des Demografiekonzeptes ist. Dieses Konzept sollte durch die Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden.

Frau Paulsen weist darauf hin, dass dann der Betreff geändert werden müsste.

Frau E. Müller weist darauf hin, dass der Betreff aufgrund des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung so gewählt wurde.

Geänderter Beschlusstext:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Demografie-Check der Landeshauptstadt Potsdam gemäß „Demografiekonzept

der Landeshauptstadt Potsdam“.

Der Demografie-Check wird einer einjährigen Pilotphase unterzogen, um seine Handhabbarkeit und Wirksamkeit zu prüfen.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 1

Stimmhaltung: 2

Dem geänderten Antrag wird zugestimmt.

zu 4 Mitteilungsvorlagen

zu 4.1 Aktivplätze für Potsdam

Vorlage: 08/SVV/0499

Die Drucksache wird vertagt.

zu 5 Verständigung zum Umgang mit dem Behindertenbericht

Frau Paulsen informiert, dass die Vertreter der CDU-Fraktion im Bauausschuss signalisiert haben, sich im Bauausschuss mit dem Konzept befassen zu wollen.

Frau Schulze schlägt vor, dass die Ausschussmitglieder sich schwerpunktmäßig mit dem Konzept befassen und Prioritäten setzen. Es sollte festgelegt werden, zu welchen Schwerpunkten beraten und die entsprechenden Fachleute eingeladen werden sollen.

Herr Näder schlägt vor, den Behindertenbeauftragten sowie den Behindertenbeirat zu dieser Diskussion einzuladen.

Frau Paulsen schlägt vor, die Schwerpunkte der Handlungsfelder aus dem Bericht, die beraten werden sollen, an die Ausschussbetreuerin zu leiten.

Frau Dr. Müller spricht sich dafür aus, das zusammenzufassen, was sich die einzelnen Mitglieder als Schwerpunkt herausgesucht haben. Sie plädiert dafür, nicht für jedes einzelne Handlungsfeld jemanden in den Ausschuss einzuladen. Eine Zusammenfassung ist aus ihrer Sicht erforderlich, um eine strukturierte Diskussion führen zu können.

Herr Näder macht deutlich, dass zuerst die Betroffenen festlegen sollten, wo die Prioritäten liegen.

Frau Paulsen schlägt vor, am 26.08.2008 den Behindertenbericht erneut in die Tagesordnung aufzunehmen. Sie bittet die Ausschussmitglieder sich zu überlegen, welche Schwerpunkte intensiv diskutiert werden sollen.

Herr Krause schlägt vor, sich auf zwei Themen zu verständigen, wie z.B. die Mobilität und die Pflege.

Herr Ernst schlägt zum Verfahren vor, dass mit der Prioritätenliste begonnen werden sollte.

zu 6 Sonstiges

**Nächster Ausschuss für Gesundheit und Soziales:
26. August 2008; 18:00 Uhr**

**Bettina Paulsen
stellv. Ausschussvorsitzende**

**Martina Spyra
Ausschussbetreuerin**